



Presseschau vom 06.01.2020

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*.

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *Korrespondent* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *Korrespondent* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Außer der Reihe – Lesetipp:

Alexander Boos: Säbelrasseln zwischen USA und Iran: Ziehen Bundeswehr und US-Armee bald aus Irak ab?

Nach der Ermordung des iranischen Top-Generals Qassem Soleimani hat das Parlament in Bagdad eine Resolution beschlossen, nach der alle ausländischen Truppen aus dem Land abziehen sollen. Derweil lässt die Bundeswehr ihren „geplanten Kontingentwechsel“ im Land pausieren. Außenminister Heiko Maas fordert: „Mission im Irak fortsetzen.“ ...

<https://sptnkne.ws/AVcs>

abends/nachts:

de.sputniknews.com: Bleibt Bundeswehr im Irak? Einsatz von Zustimmung in Bagdad abhängig

Die Bundesregierung macht den weiteren Bundeswehr-Einsatz im Irak von der Zustimmung der irakischen Regierung abhängig. In Berlin beobachtete man die Situation im Irak mit großer Aufmerksamkeit, erklärte ein Sprecher von Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) gegenüber dem Redaktionsnetzwerk Deutschland.

„Noch wissen wir nur sehr wenig. Fest steht jedoch: Deutsche Soldaten können nur dann im Irak bleiben, wenn die irakische Regierung sagt, dass sie das weiterhin will“, sagte er weiter. Das irakische Parlament hat vor dem Hintergrund zunehmender Spannungen zwischen den

USA und dem Iran für einen Abzug der rund 5000 im Land stationierten amerikanischen Soldaten gestimmt.

Die Regierung in Bagdad wurde aufgefordert, den Abzug aller Auslandstruppen im Land einzuleiten, die Teil des US-geführten Bündnisses zum Kampf gegen die Terrormiliz Islamischer Staat (IS) sind. Außerdem verlangte das Parlament, dass ausländische Truppen den irakischen Luftraum künftig nicht mehr nutzen dürften.

Die Bundeswehr unterstützt derzeit eine internationale Anti-IS-Mission mit Luftaufklärung sowie Betankung von Flugzeugen in Jordanien und die Ausbildung der Sicherheitskräfte im Irak. Aktuell umfasst das deutsche Kontingent insgesamt 415 Soldaten, fast 140 davon befinden sich im Irak.

de.sputniknews.com: **Explosionen in Bagdad gemeldet – Offenbar wieder Raketen nahe US-Botschaft eingeschlagen**

Laut der Nachrichtenagentur Reuters waren in Bagdad am Sonntagabend mehrere Explosionen zu hören. Die Agentur AFP meldete, dass es sich hierbei um mindestens zwei Raketeneinschläge gehandelt habe.

Diese seien in der Nähe der US-Botschaft in der Hauptstadt eingeschlagen.

Nur kurze Zeit später haben irakische Polizeiquellen präzisiert, dass mindestens drei Katjuscha-Raketen in der so genannten Green Zone von Bagdad eingeschlagen sind. Dort befinden sich zahlreiche diplomatische Vertretungen, darunter auch die US-Botschaft.

...

Kurze Zeit später meldeten irakische Sicherheitsquellen zudem, dass weitere Raketen auch im Jadriya-Viertel eingeschlagen wären.

Zunächst blieb allerdings unklar, ob drei oder fünf Raketen dort eingeschlagen sind. Das irakische Militär ging zunächst von insgesamt sechs Raketen aus, die verschiedene Bezirke von Bagdad getroffen hätten.

Erste Videos auf sozialen Netzwerken zeigen die Lage vor Ort, wobei die Explosionen nur zu hören sind.

Bereits am Samstag war es zu Raketenangriffen auf US-Einrichtungen im Irak gekommen. Das Ziel waren eine irakische Basis, wo US-Soldaten stationiert sind, sowie anscheinend ebenfalls die US-Botschaft in Bagdad.

Die Angriffe sind anscheinend Vergeltungsschläge für die gezielte Tötung des Kommandeurs der Al-Quds-Eliteeinheit der iranischen Revolutionsgarden, General Qassem Soleimani, durch die USA.

Die Tötung des Generals, der im Iran als Volksheld verehrt wird, sorgte für eine rasche Eskalation im Nahen Osten. Der Oberste Führer des Irans, Ajatollah Ali Chamenei, drohte den USA schwere Rache an. Der Kommandeur der Revolutionsgarden in der Provinz Kerman erwog die Möglichkeit, 35 US-Stellungen in der Region anzugreifen. US-Präsident Donald Trump versprach einen „schnellen und starken Schlag“ gegen 52 Ziele im Iran, wenn US-Bürger angegriffen werden sollten.

de.sputniknews.com: **Venezolanische Regierung ernennt neuen Parlamentschef – Guaidos Team spricht von „Staatsstreich“**

Die venezolanische Regierung hat am Sonntag einen Rivalen des selbsternannten Staatschefs Juan Guaido zum neuen Parlamentspräsidenten erklärt. Die Opposition bezeichnete den Schritt als „parlamentarischen Staatsstreich“, denn eigentlich wollte sie Guaido im Amt bestätigen.

Die Abgeordneten aus seinem Umfeld seien am Betreten des Parlaments durch Barrikaden der Sicherheitskräfte gehindert worden, so die Nachrichtenagentur Reuters. Im Staatsfernsehen wurde gezeigt, wie Guaidos Widersacher Luis Parra in einer feierlichen Zeremonie seine

Ernennung zum Parlamentschef verkündet.

Ende Januar 2019 kam es in Venezuela zu Massenprotesten gegen Präsident Nicolas Maduro. Der Chef der von der Opposition kontrollierten Nationalversammlung, Juan Guaidó, erklärte sich zum Interimspräsidenten des Landes. Mehrere westliche Staaten haben ihn als Übergangsstaat anerkannt. Russland, China, die Türkei und mehrere andere Länder bleiben auf der Seite des legitim gewählten Präsidenten Maduro.

Nach Vermittlung der norwegischen Regierung hatten sich Unterhändler beider Seiten zuletzt mehrfach auf Barbados getroffen, um einen Ausweg aus der Krise zu suchen.

de.sputniknews.com: „Soleimani stellte eine Bedrohung für alle unsere Interessen dar“ – **Britischer Premier**

Der iranische Top-General, Qassem Soleimani, stellte laut dem britischen Premierminister, Boris Johnson, eine Bedrohung für alle britischen Interessen dar, berichtet „The Sky News“ am Sonntag.

Johnson zufolge hatte Soleimani eine führende Rolle bei Aktionen gespielt, die zum Tod tausender unschuldiger Zivilisten und des westlichen Personals geführt hätten. Daher werde sein Land seinen Tod nicht beklagen.

„General Qassem Soleimani stellte eine Bedrohung für alle unsere Interessen dar und war verantwortlich für ein störendes, destabilisierendes Verhaltensmuster in der Region“, zitiert das Blatt seine Worte.

Der Premierminister warnte, dass „alle Forderungen nach Vergeltungsmaßnahmen oder Repressalien einfach zu mehr Gewalt in der Region führen würden“ – und dass das Vereinigte Königreich „in engem Kontakt mit allen Seiten stehe, um die Deeskalation zu fördern“.

Johnson bestätigte auch, dass London Schritte unternommen habe, um die Sicherheit des britischen Personals und der Interessen in der Region zu erhöhen.

Zuvor wurde berichtet, dass ein mit Tomahawk-Marschflugkörpern bewaffnetes Atom-U-Boot der Astute-Klasse der britischen Royal Navy bereitstehe, den Iran anzugreifen, sollten sich die Spannungen im Nahen Osten zu realen Kampfhandlungen entwickeln. Man wolle jedoch nicht den Erstangriff ausführen, sondern nur als Reaktion.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32625/48/326254835.jpg>

vormittags:

de.sputniknews.com: **EU betrachtet Guaidó weiterhin als venezolanischen Parlamentschef**

Die Europäische Union (EU) betrachtet Juan Guaidó nach wie vor als Vorsitzenden der

Nationalversammlung in Venezuela. Dies geht aus einer am Sonntag auf der Webseite des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) veröffentlichten Erklärung des Sprechers der EU-Kommission für Außen- und Sicherheitspolitik, Peter Stano, hervor.

„(...) Die EU erkennt Juan Guaidó weiterhin als legitimen Präsidenten der Nationalversammlung an, bis die Bedingungen für eine ordnungsgemäße Abstimmung gewährleistet sind“, heißt es in dem Dokument.

Auch Michael Kozak, Spitzen-Diplomat im US-Außenministerium und stellvertretender Sekretär für Angelegenheiten der westlichen Hemisphäre, sagte, dass Guaidó der Interimspräsident Venezuelas bleibe, berichtete Reuters. Die Abstimmung von Sonntag habe den verfassungsmäßigen Mindeststandards nicht entsprochen, hieß es.

„Die verzweifelten Aktionen des ehemaligen Maduro-Regimes (Nicolas Maduro ist legitimer Präsident Venezuelas – Anm. d. Red.), die Juan Guaidó und die Mehrheit der Abgeordneten der Nationalversammlung gesetzwidrig daran hinderten, das Gebäude zu betreten, machen die ‚Abstimmung‘ an diesem Morgen, der das Quorum fehlt und die die verfassungsmäßigen Mindeststandards nicht erfüllt, zu einer Farce“, schrieb Kozak auf Twitter.

US-Außenminister Mike Pompeo zufolge kann nur eine Übergangsregierung die Krise in Venezuela beenden, indem sie neue Präsidentschaftswahlen organisiert.

„Glückwunsch an Juan Guaidó zu seiner Wiederwahl in die Nationalversammlung. Festnahmen, Bestechungsgelder und die Sperrung des Zugangs zu dem Gebäude konnten die Nationalversammlung von Venezuela nicht zum Scheitern bringen. Nur eine Übergangsregierung, die freie und faire Präsidentschaftswahlen organisiert, kann die Krise beenden“, twitterte Pompeo am Sonntag.

Am Sonntag hat die venezolanische Regierung Luis Parra, einen Rivalen des selbsternannten Staatschefs Juan Guaidó, zum neuen Parlamentspräsidenten erklärt. Die Opposition bezeichnete den Schritt als „parlamentarischen Staatsstreich“, denn eigentlich wollte sie Guaidó im Amt bestätigen. ...

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 5. Januar wurde kein Beschluss von Seiten der BFU auf das Territorium der LVR festgestellt.

rusvesna.su: **Eine russische Militärdelegation nahm an der Trauerfeier für den von den Amerikanern ermordeten General Qassem Soleimani teil.**

Die Vertretung der russischen Armee wurde vom Befehlshaber der Streitkräfte der Russischen Föderation in Syrien, Generalleutnant Alexander Tschaiko, geleitet. Die Trauerfeier fand in der iranischen Botschaft in Damaskus statt.

Militärpolizisten überreichten die Trauerkränze der Russischen Föderation feierlich als Zeichen des Respekts für den gefallenen Krieger, der mit unseren Truppen in der Syrischen Arabischen Republik gegen den internationalen Terrorismus kämpfte, der von den Ländern des Westens und des Persischen Golfs unterstützt wurde.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/by_text/public/voennye_rossii_damask_5.jpg

de.sputniknews.com: **US-Kongress will Trumps Militärmacht gegenüber dem Iran einschränken**

Das US-Repräsentantenhaus will diese Woche über eine Resolution abstimmen, die eine Einschränkung der Befugnisse von Präsident Donald Trump bezüglich von Militärfeldzügen gegen den Iran bekräftigen soll. Dies geht aus einem auf den 5. Januar datierten Brief der Sprecherin des US-Repräsentantenhauses, Nancy Pelosi, an die Abgeordneten hervor.

„Diese Woche wird das Repräsentantenhaus eine Resolution zu den militärischen Befugnissen vorlegen und darüber abstimmen, um die Militärfeldzüge des US-Präsidenten gegen den Iran einzuschränken“, so Pelosi. Diese Resolution ähnele dem Dokument, das Senator Tim Kaine dem Senat vorgelegt habe, hieß es.

Die Resolution bekräftige die seit langem bestehende Aufsichtspflicht des US-Kongresses, wonach die von der Regierung gegen den Iran eingeleiteten Kriegshandlungen bei fehlenden weiteren Maßnahmen vonseiten des Gesetzgebers innerhalb von 30 Tagen eingestellt werden müssen.

Der US-Luftangriff nahe dem Flughafen der irakischen Hauptstadt, bei dem der Kommandeur der Al-Quds-Eliteeinheit der iranischen Armee, General Qassem Soleimani, getötet wurde, sei „provokativ“ und „unverhältnismäßig“ gewesen, schrieb Pelosi. Diese Aktion habe die US-Soldaten, Diplomaten und andere Menschen der einer Gefahr ausgesetzt, so dass eine ernsthafte Eskalation der Spannungen in den Beziehungen mit dem Iran entstanden sei. ...



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32325/51/323255192.jpg>

de.sputniknews.com: **Trump droht mit Angriffen auf iranische Kulturobjekte und mit**

Sanktionen gegen Irak

US-Präsident Donald Trump hat erneut mit Angriffen auf Kulturobjekte des Irans gedroht, sollte Teheran eine Attacke vornehmen.

„Sie (die Iraner) erlauben es sich, unsere Menschen zu töten. Sie erlauben es sich, unsere Menschen zu foltern und zu verkrüppeln. Sie erlauben es sich, Straßenbomben in Gang zu setzen und unsere Menschen in die Luft zu sprengen. Dabei sollten wir ihre Kulturobjekte nicht anfassen? So funktioniert das nicht“, sagte Trump am Sonntag gegenüber Journalisten. „Sollten sie so etwas tun, wird es große Antwortmaßnahmen geben“, drohte Trump.

Der US-Präsident schrieb bereits am Samstag auf Twitter, dass die USA 52 ausgesuchte Ziele im Iran, darunter auch Objekte des Kulturerbes, im Visier hätten, falls das Land nach der Tötung des iranischen Generals Soleimani Schläge gegen US-Einrichtungen durchführe. Dieser Tweet hat bei etlichen Politikern und Experten Besorgnis ausgelöst, denn das Völkerrecht verbietet es, Schläge gegen solche Objekte zu führen. Darauf sagte US-Außenminister Mike Pompeo am Sonntag, die USA würden „nach dem Gesetz handeln“. Außerdem drohte Trump dem Irak mit Sanktionen, wenn Bagdad sich feindlich gegenüber den USA verhalten sollte. Wie der US-Präsident am Sonntag vor der Presse sagte, sei er bereit, Bagdad mit Sanktionen zu belegen, „wie es sie noch nie gesehen hat. Die anti-iranischen Sanktionen würden ihm dabei als Bagatelle erscheinen.“

Trump fügte hinzu, die US-Truppen beabsichtigten nicht, den Irak zu verlassen, solange Bagdad den USA die Baukosten für die Airbase nicht zurückerstattet hätte. Die Errichtung des Stützpunktes habe Milliarden Dollar gekostet, ergänzte Trump.

Bagdad betrachtet die jüngsten Angriffe der USA als Verstoß gegen die Bedingungen der Stationierung der US-Truppen im Irak. Das irakische Parlament forderte von der Regierung in Bagdad, den Abzug der US-Truppen zu bewirken.

Trump und der britische Premierminister Boris Johnson besprachen am Sonntag telefonisch die Situation um den Irak und den Iran und bekräftigten das enge Bündnis zwischen ihren beiden Ländern. Dies teilte der Pressedienst des Weißen Hauses mit. ...

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für den Zeitraum vom 5. Januar 3:00 Uhr bis 6. Januar 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 5. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Gorlowka (Siedlung des Gagarin-Bergwerks), Donezk (Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks), Kominternowo, Sachanka.**

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden bisher nicht festgestellt.

Die Anzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 12.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber bis 12,7mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 9.

Ab 01:01 Uhr am 21. Juli 2019 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, bedingungslosen, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feueinstellung in Kraft.

Reuters

Die Vereinigten Staaten haben eine erhöhte landesweite Alarmbereitschaft der iranischen Raketenruppen festgestellt, gab eine US-Amtsperson gegenüber der Nachrichtenagentur Reuters am Sonntag bekannt. Dabei sei unklar, ob die höhere Bereitschaft defensiver Natur sei oder nicht.

Der Beamte, der anonym bleiben wollte, habe keine weiteren Details genannt und auch nicht angegeben, ob die iranischen Raketen auf bestimmte Objekte abzielen würden – vor dem Hintergrund der Drohungen Teherans, den Tod des iranischen Top-Generals Qassem Soleimani bei einer US-Operation im Irak in der Nacht zum 3. Januar zu rächen.

„Sie befinden sich eindeutig in erhöhtem Alarmzustand. Bedeutet diese erhöhte Alarmbereitschaft, dass man besser auf die Verteidigung vorbereitet sein will oder auf einen Angriff? Das kann derzeit nicht festgestellt werden“, sagte die Amtsperson. „Aber wir beobachten es genau“, hieß es weiter. ...



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/31777/39/317773900.jpg>

de.sputniknews.com: **Popstar Dr. Alban erst auf der Krim, dann in Kiew – hat Präsident Selenski nachgeholfen?**

Von Armin Siebert

In der Ukraine braut sich gerade ein Skandal um den Präsidenten Wladimir Selenski zusammen. Dieser soll persönlich interveniert haben, damit der schwedische Popstar Dr. Alban in der Silvestershow der Comedy-Sendung, die den Präsidenten berühmt machte, auftreten darf. Alban hat eigentlich Einreiseverbot wegen eines Auftritts auf der Krim. Der ukrainische Präsident Wladimir Selenski soll persönlich interveniert haben, damit der schwedische Popstar Dr. Alban („It’s my life“) für ein Konzert in die Ukraine einreisen durfte. Dies behauptete der Sänger auf seinem Instagram-Account. Laut ukrainischem Gesetz landet jeder, der zuvor über Russland auf die Krim gereist ist, automatisch auf einer Schwarzen Liste und erhält Einreiseverbot in die Ukraine. Dr. Alban trat 2017 in einer Ferienanlage in Jalta auf der Krim auf.

Jetzt trat der 1990er-Jahre-Star beim Silvesterkonzert von „Studio Kvartal 95“ in Kiew auf. Bis zu seiner Wahl zum Präsidenten 2019 war Selenski der Hauptstar dieser populärsten Comedy-Show in der Ukraine, die von Selenskis Firma produziert wurde.

Dr. Alban dankt dem Präsidenten

Dr. Alban postete bereits am 16. Dezember ein Foto von sich zusammen mit dem Präsidenten auf seinem Instagram-Account und schrieb dazu:

„Ich hatte Einreiseverbot in die Ukraine wegen meines früheren Auftritts auf der umstrittenen Halbinsel Krim. Dank der Intervention des Präsidenten konnte ich nun doch in die Ukraine kommen. Sehr gute Party in Kiew mit dem Präsidenten im Publikum.“

Medial bekannt wurde der Instagram-Post erst am 4. Januar, als ihn Reporter von „Radio Free Europe“ entdeckten und darüber berichteten. Neben der Rolle des Präsidenten mokierten sich ukrainische Instagram-Nutzer auch über die Schreibweise der ukrainischen Hauptstadt – die Ukraine strebt Kyiv anstelle des russischen Kiw an – und über den Ausdruck „umstritten“ in Bezug auf die Krim. Aus ukrainischer Sicht ist die Krim ukrainisch.

Der Popstar hat seinen Instagram-Post inzwischen abgeändert und sowohl die Passage mit dem Eingreifen des Präsidenten, als auch das Wort „umstritten“ im Zusammenhang mit der Krim entfernt. Jetzt lautet der Text:

„Ich hatte Einreiseverbot in die Ukraine wegen meines früheren Auftritts auf der Halbinsel Krim. Ich wusste nicht, dass die Ukrainer das nicht mögen, aber war glücklich, den Präsidenten zu treffen.“

Der Präsident schweigt

Während in der Ukraine jetzt eine Diskussion darüber läuft, inwiefern Selenski hier möglicherweise unmoralisch und ungesetzlich gehandelt hat, gab es bisher keinen offiziellen Kommentar dazu vom Büro des Präsidenten. Selenski befindet sich nach wie vor in den Neujahrsferien, die in Russland und der Ukraine gewöhnlich bis zum 9. Januar gehen.

Allerdings hat Sergej Deineko, der Chef des ukrainischen Grenzschutzes, am 5. Januar auf Facebook geäußert, dass der Präsident nicht interveniert hätte und dass die Einreise von Dr. Alban legal war.

Es ist bisher unklar, ob es für den Künstler ein formales Einreiseverbot in die Ukraine gab, Dagegen spricht, dass er bereits im September 2019 in Kramatorsk, im ukrainischen Teil des Donbass aufgetreten ist.

In der Vergangenheit erhielten Künstler, die auf der Krim aufgetreten sind, automatisch Einreiseverbot in die Ukraine. Dies betraf auch internationale Stars wie die deutsche Band Scooter oder den italienischen Sänger Al Bano.



Нравится: 980

dralbanofficial Meeting ukrainian president , president Zelensky. I was banned entering Ukraine because of my previous show in the disputed Crimea peninsula. With the presidents intervention I was able to get into Ukraine 🇺🇦 . Very good outing in Kiev with the president in the crowd.

<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32630/93/326309359.jpg>

nachmittags:

de.sputniknews.com: **Soleimanis Tochter kündigt „schwarzen Tag“ für USA an – Hunderttausende trauern um Quds-Chef**

Den USA und dem verbündeten Israel steht nach den Worten von Soleimanis Tochter ein „schwarzer Tag“ bevor. Mit harschen Worten trat Seinab Soleimani am Montag bei den An der Trauerzeremonie für den bei einem gezielten US-Raketenangriff in Bagdad getöteten iranischen General Qassem Soleimani haben Hunderttausende Iraner teilgenommen. Am frühen Montagmorgen gab es zunächst ein sogenanntes Leichengebet in der Universität Teheran, dem Tausende beiwohnten. Die Zeremonie wurde von fast allen Fernsehsendern des Landes live übertragen.

Danach wurde Soleimanis Leiche zum Asadi-Platz im Westen Teherans transportiert. Entlang der fast drei Kilometer langen Strecke hatten sich Hunderttausende Menschen versammelt, um Abschied von dem getöteten Kommandeur der iranischen Al-Quds-Einheit zu nehmen. „Verrückter Trump, denke nicht, dass mit dem Märtyrertod meines Vaters alles vorbei ist“, sagte Seinab Soleimani vor einer großen Menge von Trauernden.

Die Regierung hat den Montag in Teheran zum örtlichen Feiertag erklärt, damit dort alle

Menschen an der Zeremonie teilnehmen können. Mehrere Straßen in der Stadtmitte wurden für Autos gesperrt, Schulen und Hochschulen blieben geschlossen.

Von Teheran aus wird der Leichnam dann in die schiitische Hochburg Ghom gebracht, wo eine Zeremonie vor einem Mausoleum stattfinden soll. Die Beisetzung Soleimanis findet voraussichtlich am Dienstag in seinem Geburtsort Kerman im Südostiran statt. Auch in Kerman hat die Regierung den Dienstag zum örtlichen Feiertag erklärt.

Schon am Sonntag hatten nach örtlichen Medienangaben Hunderttausende Iraner an zwei Trauerzügen für Soleimani in Ahwas im Südwestiran und in der Heiligen Stadt Maschad im Nordostiran teilgenommen. Luftbilder aus beiden Städten zeigten gewaltige Menschenmassen und kilometerlange Schlangen. Besonders vor und im Mausoleum des achten schiitischen Imams Resa in Maschad soll der Andrang so groß gewesen sein, dass der Transport der Leiche in die Hauptstadt für die Organisatoren nicht mehr möglich war. Daher musste eine für Sonntagabend geplante dritte Trauerzeremonie in der Imam-Chomeini-Moschee in Teheran abgesagt werden, an der die gesamte iranische Führung teilnehmen sollte.

<iframe width="660" height="371" src="https://www.youtube.com/embed/7_IHJh-478g" frameborder="0" allow="accelerometer; autoplay; encrypted-media; gyroscope; picture-in-picture" allowfullscreen></iframe>

https://youtu.be/7_IHJh-478g

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 06.01.2020**

Nach Angaben, die von den Beobachtern des GZKK der DVR erfasst wurden, haben die ukrainischen Kämpfer in den letzten 24 Stunden **fünfmal das Feuer auf Ortschaften der Republik eröffnet.**

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer Iwanows aus der 56. Brigade und Kaschtschenkos aus der 58. Brigade der BFU die Gebiete der **Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks** in Donzek und des **Gagarin-Bergwerks** in Gorlowka mit Antipanzergranatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer Subanitschs aus der 10. Gebirgssturmbrigade einen Mörserschlag mit 120mm-Mörsern auf die **Umgebung von Kominternowo** verübt und am Abend desselben Tages **Sachanka** mit Antipanzergranatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

Informationen über Zerstörungen von Objekten der zivilen Infrastruktur und Verletzte unter der Zivilbevölkerung werden noch ermittelt.

Wir stellen weiter eine **Zunahme der nicht kampfbedingten Verluste unter den Kämpfern der BFU durch Viruserkrankungen** fest.

So sind nach Informationen unserer Aufklärung allein in der ersten Woche des Jahres 2020 24 Kämpfer mit Symptomen einer schweren Lungenentzündung in medizinische Einrichtungen in der OOS-Zone gekommen. Zu den fünf Besatzern, die in der letzten Woche an dieser Krankheit gestorben sind, worüber wir zuvor berichtet hatten, sind drei weitere hinzugekommen.

So sind in den letzten zwei Wochen acht ukrainische Kämpfer in Krankenhäusern an Lungenentzündung gestorben.

Außer mit Lungenentzündung befinden sich zurzeit 438 Kämpfer der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ mit schweren Erkrankungen der Atemwege in medizinischen Einrichtungen. In der 10. Gebirgssturmbrigade nähert sich der Krankenstand der Epidemieschwelle an – dort gibt es mehr als 120 erkrankte Kämpfer.

Es ist wichtig anzumerken, dass das Kommando der Verbände, um die Erkrankungsfälle unter den Kämpfern zu verheimlichen, die Infizierten in zivile medizinische Einrichtungen schickt, wo die Kranken auf eigene Rechnung oder auf Rechnung des Kommandeurs der Einheit behandelt werden. Und nur wenn die Krankheit in eine schwere Form übergeht, wird der

Erkrankte in ein Militärhospital verlegt. So kann die Zahl der Erkrankten die genannten Zahlen wesentlich überschreiten.

Nach Informationen von ukrainischen Freiwilligen hat sich das Kommando der 10. Gebirgsturmbriade inzwischen an sie um dringende Hilfe zur Lieferung von warmer Kleidung, Regenkleidung und Antiviruspräparaten gewandt.

rusvesna.su: „Washington ist das Unmögliche gelungen" - Merkel fliegt am 11. Januar nach Russland

Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel wird am 11. Januar auf Einladung von Wladimir Putin zu einem Arbeitsbesuch in Russland eintreffen.

Dies berichtete der Kreml-Pressedienst.

Auf der Tagesordnung stehen die Lage in Syrien und Libyen sowie die Folgen des amerikanischen Angriffs auf den Flughafen von Bagdad am 3. Januar, bei dem der iranische General Kassem Suleimani getötet wurde.

„Die Probleme der Lösung des innerukrainischen Konflikts werden auch im Zusammenhang mit der Umsetzung des Minsker Maßnahmenpakets von 2015 und den auf dem Gipfeltreffen am 9. Dezember 2019 in Paris erzielten Vereinbarungen im ‚Normandie-Format‘ erörtert“, heißt es in der Erklärung.

Der Kreml-Journalist Dmitri Smirnow kommentiert dieses Ereignis wie folgt:

„Die Fertigstellung von Nord Stream 2 und wie den Aktionen der USA zu widerstehen ist, sind die beiden Hauptgründe, die Merkel zwingen aufzubrechen und zu Putin zu fliegen. Washington ist das Unmögliche gelungen. Dank unserer amerikanischen Freunde sind Russland und Deutschland dort gelandet, wo sie noch nie waren und wo sie historisch sein sollten - auf einer Seite der Barrikade.“

Das deutsche Ministerkabinett kündigte an, dass Außenminister Maas im Rahmen der von Merkel geleiteten Delegation am 11. Januar ebenfalls in Moskau eintreffen wird.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/putin_merkel_8.jpg

de.sputniknews.com: Irak ordnet Beschränkungen für US-Militäroperationen im Land an

Die irakischen Behörden haben mit der Vorbereitung eines Mechanismus zum Abzug der ausländischen Truppen aus dem Lande begonnen. Dies teilte der Sprecher des Oberbefehlshabers der irakischen Streitkräfte, Abdul Karim Khalaf, auf einer Pressekonferenz in Bagdad am Montag mit.

„Die irakische Regierung hat sich zum Start des Abzuges der US-Truppen aus dem Irak vorbereitet. Die Tätigkeit der internationalen Koalition im Irak wird auf Konsultationen, Waffen und Schulung des Militärs beschränkt, und die Streitkräfte werden den Irak verlassen

(...). Die jüngsten US-Schläge sind eine Dummheit, zu der nicht geschwiegen werden darf“, betonte Khalaf, dessen Ansprache der TV-Sender „Al-Jazeera“ übertragen hatte.

Er unterstrich, dass die „irakische Regierung die Bewegung der Kräfte der internationalen Koalition am Boden und in der Luft beschränkt hat und ihre Fortbewegung in jeglicher Richtung nicht genehmigen wird“.

Nach seinen Worten hätten die Amerikaner die Operation im Alleingang geführt, ohne das Oberbefehlskommando der Streitkräfte darüber in Kenntnis zu setzen.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32628/49/326284960.jpg>

Mil-Inr.info: Erklärung des Offiziers des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR I.M. Filiponenko

Nach Angaben, die von den Beobachtern des GZKK der LVR erfasst wurden, wurde in den letzten 24 Stunden **kein Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.**

Im Zusammenhang damit, dass das Monitoring von von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen der ukrainischen Seite von der OSZE-Mission verstärkt worden ist, **hat das Kommando der OOS beschlossen, die Scharfschützeneinheiten an der ersten Verteidigungslinie zu verstärken.**

So sind nach Informationen unserer Aufklärung am Stationierungsort der 59. Brigade der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet von Troizkoje vier Scharfschützenpaare eingetroffen, die eine Ausbildung im 142. Ausbildungs- und Trainingszentrum der Spezialoperationskräfte der ukrainischen Streitkräfte durchlaufen haben.

Im Zusammenhang damit schließen wir Provokationen von Seiten der ukrainischen Kämpfer in dieser Richtung nicht aus.

Nach einer Reihe von Vorfällen, die mit dem Tod von Personal der ukrainischen Streitkräfte auf eigenen Minenfeldern zusammenhängen, hat der Kommandeur der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ die Anweisung erteilt, eine gemischte technische Einheit zur Untersuchung der Örtlichkeit und zur Verbesserung der Karten von Minenfeldern in das Gebiet von Solotoje zu schicken.

Am 4. Januar detonierte bei Übungen der Einheiten der 59. Brigade der ukrainischen Streitkräfte aus nicht identifiziertem Grund ein Geschoss im Lauf eines Mörsers. Infolge des Vorfalls starb ein Soldat und drei weitere wurden unterschiedlich schwer verletzt. Zurzeit arbeitet eine Kommission in dem Verband, um die Ursachen des Geschehens festzustellen und den defekten Mörser zu entfernen.

Am 5. Januar entstand im Gebiet von Trjechisbjonka im Zusammenhang mit übermäßigem Alkoholkonsum ein Konflikt zwischen Soldaten der 93. Brigade, in dessen Folge ein Soldat drei Kameraden mit einer Maschinenpistole beschoss und floh. Zwei der Soldaten starben vor Ort an ihren Verletzungen, einer wurde in ernstem Zustand in eine medizinische Einrichtung eingeliefert.

Dieser Vorfall wird wie gewöhnlich gegenüber den Familien der Soldaten verheimlicht und wird vom Brigadekommandeur Bryshinskij gegenüber dem Stab der „OOS“ als kampfbedingter Verlust durch angeblichen Beschuss von den Positionen der Volksmiliz der LVR aus dargestellt werden.

deutsch.rt.com: **Irakischer Ministerpräsident: Soleimani wurde während diplomatischer Mission getötet**

US-Präsident Donald Trump rechtfertigte die Liquidierung des iranischen Generalmajors Qassem Soleimani auf irakischem Boden damit, dass er Anschläge auf US-Truppen geplant habe. Doch wie sich herausstellt, überbrachte er eine Antwort auf eine saudische Initiative, bei der Washington involviert war.

Die Rechtfertigung für die Tötung Soleimanis und des irakischen Vizechefs der Volksmobilisierungskräfte, Abu Mahdi al-Muhandis, wurde zunächst durch einen Bericht der New York Times angezweifelt. Nicht näher benannte Quellen aus dem Pentagon und dem Weißen Haus sagten gegenüber der Zeitung, dass es keinerlei geheimdienstliche Anzeichen für "bevorstehende Angriffe" auf US-Ziele in Syrien, im Irak und im Libanon gegeben habe. Obwohl Generalmajor Qassem Soleimani als mögliches Ziel für Racheakte der USA gelistet wurde, waren sich die Berater und Militärs einig darüber, dass das die "extremste Antwort" auf den Raketenangriff auf den irakischen Stützpunkt in Kirkuk vom 27. Dezember 2019 wäre. Stattdessen wurden Luftschläge gegen die schiitische Miliz Kata'ib Hisbollah als Vergeltung vorgeschlagen, die man für den Angriff verantwortlich gemacht hatte. Zwei Tage später schlugen die USA dann auch zu.

Für Außenminister Mike Pompeo und Vizepräsident Mike Pence war das aber nicht genug. Der Sturm auf die US-Botschaft in Bagdad an Silvester bot ihnen den passenden Vorwand, härter zuzuschlagen. Laut dem Bericht der New York Times waren sie es, die Donald Trump dazu drängten, hart gegen die vermeintliche "iranische Aggression" zuzuschlagen, und wählten dafür die "extremste Antwort": die Tötung des Architekten der Achse des Widerstands.

Laut dem irakischen Ministerpräsidenten Adil Abd al-Mahdi befand sich Soleimani allerdings auf einer diplomatischen Mission, als er vergangenen Freitag in der Hauptstadt Bagdad ankam. Er sollte am Samstag eine Antwort der iranischen Regierung auf eine geheime Initiative Saudi-Arabiens übermitteln, die darauf abzielte, Spannungen in der Region abzubauen.

Die USA baten den Irak, sich als Vermittler für diese Initiative zur Verfügung zu stellen. Wenn es tatsächlich stimmt, was der irakische Ministerpräsident sagt – und was auch die erstaunlich wütende Reaktion Bagdads auf die gezielte Tötung erklären würde –, bedeutet das, dass die US-Regierung sich völlig im Klaren darüber war, was Soleimani in Bagdad wollte. Washington hat demnach nicht nur einen der höchstrangigen Vertreter des Iran ausgeschaltet, sondern auch die saudische Initiative zur Deeskalation in der Region zunichte gemacht. Unterdessen bestellte Teheran am Sonntag den deutschen diplomatischen Geschäftsträger ins Außenministerium ein, um sich über "unrealistisch unweise und schädliche" Bemerkungen von deutschen Regierungsmitgliedern zum Tod Soleimanis zu beschweren. Solch eine "einseitige und inakzeptable" Haltung stehe im Widerspruch zur traditionell guten Beziehung beider Länder, hieß es dazu weiter. Insbesondere die Aussage von Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) stieß in Teheran auf Protest:

„Der Iran destabilisiert mit der aktiven Unterstützung von Terrorismus und Gewalt seit langem massiv eine gesamte Region und bedroht damit auch Israel. Soleimani war einer der Hauptverantwortlichen für den Export von Terror und Gewalt mit vielen Toten. Nicht umsonst stand er auf der Terrorliste der Europäischen Union. Es liegt jetzt vor allem in den Händen der iranischen Führung, die Konflikte in der Region nicht weiter eskalieren zu lassen. Die

Handlungsweise der Vereinigten Staaten erfolgte in der nationalen Verantwortung Washingtons ... „

„Der Irak darf nicht im Chaos versinken. Und schon gar nicht darf der Irak unter die Kontrolle von Extremisten geraten“

Mit dieser Stellungnahme stellte sich die Bundesregierung eindeutig hinter die Vereinigten Staaten von Amerika und befürwortet implizit die Tötung des iranischen Generalmajors. Von diesem Standpunkt distanzieren sich allerdings die vom sogenannten Islamischen Staat (IS) bedrohten Völker in Syrien und im Irak. Selbst Fazil Mirani von der Demokratischen Partei Kurdistans (KDP), einer der vehementesten Gegner des Iran im Irak, würdigte die Rolle Soleimanis im Kampf gegen den IS.

de.sputniknews.com: **China sieht US-Ausstieg aus Atom-Deal als Hauptursache für Iran-Krise**

Peking sieht den einseitigen Ausstieg der USA aus dem Atomabkommen mit dem Iran als Hauptursache für die derzeitige Krise. Die Aufkündigung der Beschränkungen im internationalen Deal von 2015 war für Teheran laut dem chinesischen Außenamtssprecher Geng Shuang eine Zwangsentscheidung.

Die iranische Regierung kündigte in einer Erklärung am Sonntag einen Ausstieg aus „der letzten wichtigen Beschränkung im Atomabkommen in Bezug auf die Anzahl der Zentrifugen“ an. Das Land will jedoch weiter an der Zusammenarbeit mit der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) festhalten und werde bei Aufhebung der Sanktionen seine Verpflichtungen wieder erfüllen.

„Wir glauben, dass, obwohl die iranische Seite unter dem Einfluss externer Faktoren die Beschränkungen aus dem Atomabkommen aussetzen musste, sie sich zugleich zurückhaltend zeigte, den politischen Willen zur vollständigen Umsetzung des Abkommens klar zum Ausdruck brachte und nicht gegen die Verpflichtungen des Vertrages über die Nichtverbreitung von Atomwaffen verstieß“, sagte Shuang auf einer Pressekonferenz am Montag.

Die derzeitige Eskalation der Spannungen im Nahen Osten stelle eine ernsthafte Herausforderung für das Atomabkommen dar, und das Verhalten der USA sei der Hauptgrund dafür.

Dass die Vereinigten Staaten im Alleingang aus dem Atomabkommen ausgestiegen seien, vernachlässige das Völkerrecht sowie die internationalen Verpflichtungen, betonte Shuang. Vor allem der Druck von außen auf den Iran sowie die Behinderung der Vertragserfüllung durch andere Parteien seien für die Spannungen in der iranischen Atomfrage verantwortlich. Der Iran fühlt sich an das Abkommen von 2015 nicht mehr gebunden, weil die USA 2018 einseitig aus dem Vertrag ausgestiegen waren und danach wieder scharfe Sanktionen verhängten. Vor allem die Sanktionen gegen den Erdgas- und Ölsektor lösten eine schwere Wirtschaftskrise im Iran aus.

Trotz der Sanktionen hatte sich der Iran ein Jahr weiter an das Atomabkommen gehalten, während die Europäer weitgehend vergeblich versuchten, den im Abkommen versprochenen Handel trotz der US-Sanktionen aufrecht zu erhalten. Ab vergangenen Mai aber begann Teheran, gegen die Auflagen des Atomabkommens zu verstoßen. So reicherte es mehr Uran auf höhere Konzentrationen an als erlaubt.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32601/12/326011243.jpg>

Mil-Inr.info: Dringende Mitteilung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR
Alle Vereinbarungen über die Einhaltung eines vollständigen und unbefristeten Regimes der Feueinstellung ignorierend, haben die Kämpfer der 93. Brigade der ukrainischen Streitkräfte auf Befehl des Kriegsverbrechers Bryshinskij das Feuer mit Schützenpanzerwaffen auf **Shelobok** eröffnet und fünf Geschosse abgefeuert.

Informationen über Zerstörungen von Objekten der zivilen Infrastruktur und Verletzten unter der Zivilbevölkerung werden noch ermittelt.

Die Einheiten der Volksmiliz der LVR kontrollierten die Handlungen des Gegners an der gesamten Kontaktlinie und halten dabei das Regime der Feueinstellung ein.

deutsch.rt.com: BPK: Welche Rolle spielten US-Basis Ramstein und Deutschland bei Ermordung von Soleimani?

Die gezielte Tötung des iranischen Top-Generals Qassem Soleimani durch die USA und die Haltung der Bundesregierung waren die beherrschenden Themen bei der Bundespressekonferenz. Dabei machten die Regierungssprecher keine gute Figur und argumentierten mit nachweislich falschen "Fakten".

Mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit erfolgte der Drohnenangriff auf den iranischen Generalmajor Qassem Soleimani am 3. Januar im Irak über die Relaisstation auf der US-Luftwaffenbasis im rheinland-pfälzischen Ramstein. Dieser war in diplomatischer Mission und auf Einladung der irakischen Regierung in Bagdad. Doch die Bundesregierung räumte auf Nachfrage ein, dass sie bisher nicht aktiv bei den US-Amerikanern nachgefragt hat, ob Ramstein zur Ermordung von Soleimani genutzt wurde, obwohl sie dazu gesetzlich verpflichtet ist.

Das Auswärtige Amt betonte, dass die US-Amerikaner versichert hätten, dass sie "deutsches Recht und Völkerrecht" in Ramstein einhalten. RT-Redakteur Florian Warweg fragte nach, wie die Bundesregierung in diesem Kontext die Aussagen der UN-Berichterstatterin für außergerichtliche Hinrichtungen, Agnes Callamard, bewertet, die die Ermordung von Soleimani und des irakischen Offiziers Abu Mahdi Al-Muhandis als "rechtswidrig und Verstoß gegen die internationalen Menschenrechtsnormen" bezeichnet. Als Antwort hieß es, dass diese Äußerungen derzeit "nicht vorliegen".

Ganz weit lehnte sich Regierungssprecher Steffen Seibert aus dem Fenster, als er erklärte, der Iran sei nachweislich für die Angriffe auf Tanker in der Straße von Hormus, die saudischen Ölanlagen sowie die US-Botschaft in Bagdad verantwortlich. Keine der vom Regierungssprecher im Namen der Bundesregierung erwähnten Angriffe sind bis heute aufgeklärt.

Im Falle der Aramco-Anlagen haben die Vereinten Nationen sogar offiziell eingeräumt, dass UN-Experten keinerlei Hinweis gefunden hätten, die auf eine iranische Beteiligung schließen lassen. Zudem verwechselte Seibert in diesem Zusammenhang den Irak mit dem Iran.

<iframe width="791" height="445" src="https://www.youtube.com/embed/v5guAGxI5hk" frameborder="0" allow="accelerometer; autoplay; encrypted-media; gyroscope; picture-in-picture" allowfullscreen></iframe>

<https://youtu.be/v5guAGxI5hk>

de.sputniknews.com: **Lage in Nahost und Nordafrika: Russischer Verteidigungsminister telefonierte mit Iran und Türkei**

Der russische Verteidigungsminister Sergej Schoigu hat während eines Telefonats mit dem Stabschef der iranischen Streitkräfte, Mohammad Bagheri, Schritte zur Nichtzulassung einer Eskalation in Nahost wegen des Mordes am iranischen General Qassem Soleimani erörtert. Zuvor telefonierte Schoigu zudem mit dem Chef des türkischen Geheimdienstes.

Während des Gesprächs mit Bagheri erörterten die hohen Militärs praktische Schritte zur Nichtzulassung einer Eskalation der Situation in der Arabischen Republik Syrien und der Nahostregion im Zusammenhang mit dem Mord an dem Kommandeur der Al-Quds-Spezialeinheit, Qassem Soleimani, heißt es in der Mitteilung des russischen Verteidigungsministeriums am Montag.

Zuvor, am Sonntagabend, besprach der russische Verteidigungsminister zudem auch mit dem Chef des türkischen Geheimdienstes MIT, Hakan Fidan, die Situation im Nahen Osten, in Nordafrika und die Handlungen zur Milderung der Spannung in der Region.

„Während des Gesprächs erörterten die Seiten die Situation im Nahen Osten und in Nordafrika sowie die möglichen gemeinsamen Aktionen zum Abbau der Spannung und zur Beilegung von Krisensituationen in der Region“, heißt es in der Mitteilung.

Zuvor hatte es eine massive Eskalation der Lage in Nahost gegeben. Die USA töteten bei einem Raketenangriff nahe dem Flughafen von Bagdad den iranischen General und Kommandeur der Al-Quds-Brigaden, Qassem Soleimani.

Der Angriff ist auf Anordnung von US-Präsident Donald Trump ausgeführt worden. Das US-Verteidigungsministerium bezeichnete die Attacke als „Verteidigungsmaßnahmen“ zum Schutz des US-Personals im Irak.

Daraufhin drohten verschiedene iranische und schiitische Vertreter den USA mit schwerer Vergeltung und erwähnten unter anderem, dass 35 US-Stellungen in der Region bereits im Visier seien.

Trump drehte die Eskalationsspirale daraufhin weiter und erklärte in seinem Twitter, dass er bereit sei, „schnelle und starke“ Militärschläge gegen den im Iran auszuführen, falls Amerikaner oder amerikanische Einrichtungen von den iranischen Revolutionsgarden angegriffen werden sollten.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32627/92/326279243.jpg>

de.sputniknews.com: **Iran droht USA mit „zweitem Vietnam“**

Die USA werden es laut dem Berater des Obersten Führers des Irans, Ali Akbar Velayati, bereuen, wenn sie ihre Truppen nicht aus dem Nahen Osten abziehen sollten.

„Mit Soleimanis Tötung haben die USA eine große Dummheit begangen, und nun wird Washington mit einem ‚zweiten Vietnam‘ konfrontiert sein“, zitiert ihn der TV-Sender „Al-Alam“.

In seiner Rede bei der Zeremonie zur Abschiednahme von Qassem Soleimani betonte der Politiker, dass der ermordete General ein „Schlüsselement“ der iranisch-russischen Allianz gewesen sei. ...

Mil-Inr.info: **Dringende Mitteilung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR**

Ein weiteres Mal leiden friedliche Einwohner der Republik unter der Aggression der ukrainischen Truppen.

Am 6. Januar geriet ein örtlicher Einwohner, geb. 1956, im Gebiet von Pionerskoje am Sewerskij Donez auf ein nicht detoniertes Geschoss der ukrainischen Kämpfer. Infolge des Vorfalles wurde dem Mann ein Bein abgerissen. Der Verletzte befindet sich in erstem Zustand im Lugansker republikanischen klinischen Krankenhaus, wo er die notwendige ärztliche Behandlung erhält.

In diesem Zusammenhang rufen wir die Bürger der Republik auf, wachsam zu sein und beim Entdecken verdächtiger Objekte sofort den wachhabenden Dienst des Zivilschutzministeriums zu benachrichtigen.

rusvesna.su: **Mord an Soleimani: UN-Sicherheitsrat wird keine Sitzung einberufen**

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen beabsichtigt nicht, vor dem Hintergrund der Ermordung des iranischen Generals Qassem Soleimani durch das US-Militär ein Treffen zur Lage im Nahen Osten einzuberufen, sagte der stellvertretende britische Botschafter bei den Vereinten Nationen Jonathan Allen am Montag gegenüber Reportern.

„Wir haben nicht vor, ein Treffen dieser Art einzuberufen“, beantwortete er die entsprechende Frage.

Zuvor hatte der Sprecher des iranischen Außenministeriums, Abbas Mousavi, erklärt, Teheran habe im Zusammenhang mit dem Tod des Generals der Islamischen Revolutionsgarde, Soleimani, während einer US-Operation im Irak den UN-Sicherheitsrat angerufen. ...

abends:

deutsch.rt.com: **„Ernsthafte Bedrohung für die Welt“ – Moskau verurteilt Nazi-Ehrung in der Ukraine**

Während russische Diplomaten die Ukraine seit Jahren für die Ehrung der nazistischen Gefolgsleute kritisieren, gibt es aus anderen Staaten dazu nur vereinzelte Stimmen. Der amtliche Charakter solcher Feierlichkeiten sorgte nun in Polen und Israel für Kritik. Die Ausschweifung des Neofaschismus in der Ukraine nehme immer hässlichere Formen an, erklärte das russische Außenministerium in einer Stellungnahme. So kommentierte die russische Behörde die Aussagen der Sprecherin des ukrainischen Außenministeriums, Katerina Selenko, wonach alle Völker und Länder "unabhängig voneinander ihre Helden definieren und ehren".

„Die Unterstützung des Neonazismus auf staatlicher Ebene in der Ukraine stellt eine ernsthafte Bedrohung für die gesamte internationale Gemeinschaft dar“, so das russische Außenministerium.

Die Diplomaten sind besonders besorgt über die „schleichende Verherrlichung dieser menschenfeindlichen Ideologie“, die in der Ukraine seit 20 Jahren „mit der stillschweigenden Zustimmung des Westens“ durchgeführt wird.

„Im Land werden neue Denkmäler für Kollaborateure von Hitlers Peinigern eröffnet, Straßen werden zu ihren Ehren umbenannt. Man hat das Gefühl, dass der Westen den ukrainischen Behörden eine gewisse Nachsicht entgegengebracht hat und es vorzieht, nicht zu bemerken, wie Kiew die Geschichte umschreibt und die Entscheidungen des Nürnberger Tribunals ignoriert. Es ist allerdings ermutigend, dass die Vertreter einiger westlicher Länder endlich begonnen haben, die Augen auf das zu richten, was in der Ukraine geschieht“, erklärten die russischen Diplomaten.

Das Außenministerium erinnerte daran, dass die Ukraine seit Jahren gegen UN-Resolutionen zur Bekämpfung der Verherrlichung des Nazismus und Neonazismus stimmt.

„Noch einmal fordern wir das offizielle Kiew dazu auf, die böartige Praxis der Weißwaschung von Nazi-Gefolgsleuten und der Verspottung der Geschichte einzustellen“, so das Außenministerium.

Am 4. Dezember kommentierte die Sprecherin des ukrainischen Außenministeriums, Katerina Selenko, eine gemeinsame Erklärung der Botschafter Israels und Polens in Kiew, die die Ehrung der Begründer des ukrainischen Nationalismus durch Kiew verurteilte. Selenko zählte die „Wiederbelebung und Bewahrung des nationalen Gedächtnisses“ zu den Prioritäten der staatlichen Politik. Wie die UNN-Agentur berichtete, betonte sie, dass „jede Nation und jeder Staat seine Helden unabhängig voneinander definiert und ehrt“. Zur gleichen Zeit, so Selenko, gibt es „Akteure, Institutionen und Länder“, die daran interessiert sind, anhand von „Fragen der Ehrung von nationalen Helden und wichtigen Jahrestagen“ Zwietracht zwischen der Ukraine und befreundeten Staaten zu säen, darunter Polen und Israel.

Eine solche Bemerkung sorgte allerdings nicht nur bei russischen, sondern auch bei polnischen Diplomaten für Unmut.

„Wenn Frau Selenko glaubt, dass der Kult um Bandera oder Melnik eine innere Angelegenheit der Ukraine ist, wie verlangt Kiew dann (...), dass Russland den Holodomor als Völkermord anerkennt oder sich der Moskauer Theorie der „russischen Welt“ widersetzt?“, fragte die polnische diplomatische Vertretung in Kiew.

Am 1. Januar fand in Kiew – zum sechsten Mal in Folge – ein Fackelzug zu Ehren des 111. Geburtstages von Stepan Bandera statt. Ähnliche Veranstaltungen gab es auch in vielen anderen ukrainischen Städten.

Die Ehrung der Figuren der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) und der Ukrainischen Aufstandsarmee (UPA) in der Ukraine hat die Unzufriedenheit der Botschafter Israels und Polens in der Ukraine, Joel Lion und Bartosz Tsihotsky, hervorgerufen. Sie wiesen auch darauf hin, dass am Gebäude der Kiewer Stadtverwaltung ein Banner mit dem Porträt

des Nationalisten angebracht wurde.

Sie äußerten auch Besorgnis über die Pläne des Regionalrates der Stadt Lwow, öffentliche Mittel für das Andenken an „Nazi-Kollaborateur“ Andrei Melnik und die „antisemitischen und anti-polnischen Schriftsteller“ Ivan Lipa und seinen Sohn Juri – den Schöpfer der „rassistischen Theorie der ukrainischen Rasse“ – zu vergeben.

„Mit großer Besorgnis und Trauer haben wir festgestellt, dass die Vertreter der Behörden auf verschiedenen Ebenen der Ukraine, darunter der Lwower Regionalrat und die Kiewer Stadtverwaltung, immer noch historische Ereignisse und Figuren feierlich gedenken, die ein für alle Mal zu verurteilen sind“, heißt es in ihrem Schreiben.

Die Wahl des Präsidenten Wladimir Selenskij hat an der Ausrichtung der bisherigen ukrainischen Geschichtspolitik, die sich während der Präsidentschaft von Petro Poroschenko endgültig etabliert hat, kaum etwas geändert. So beschloss das ukrainische Parlament Werchowna Rada Anfang Dezember, weitere Pogrom-Teilnehmer in die Liste der Akteure aufzunehmen, deren Geburtstage auf staatlicher Ebene im Jahr 2020 gefeiert werden sollen. Laut dem Direktor des Jüdischen Komitees der Ukraine, Eduard Dolinski, zählt einer der Organisatoren des pro-faschistischen Bataillons der SS "Galizien", Wolodymyr Kubijowitsch, dazu. Er sei Teilnehmer und Organisator des Völkermords an Juden, Polen und Ukrainern während des Großen Vaterländischen Krieges gewesen.

Der Direktor des Internationalen Instituts für politische Expertise, Jewgeni Mintschenko, bezeichnete Stepan Bandera als eine der ideologischen „Stützen“ des neuen ukrainischen Staates, die wahrscheinlich nicht aufgegeben wird.

„Zumal die ganze Unzufriedenheit auf Seiten Polens und Israels so zaghaft und unsicher ist, dass die ukrainische Seite jede Gelegenheit hat, sie zu ignorieren“, sagte der Experte in einem Gespräch mit RT.

Er machte auf die weniger radikale Herangehensweise von Selenskij an solche Fragen aufmerksam, wies aber auf die begrenzte Anzahl von Alternativen hin, die der derzeitige ukrainische Präsident hat.

„Er hat keine alternative Erzählung, und er muss mit dem rechnen, was er bereits hatte und was sich seit Jahrzehnten aufgebaut hat. Dieser Diskurs hat sich im System der ukrainischen Hochschulbildung bereits herausgebildet“, schloss der Experte.

<iframe width="791" height="445" src="https://www.youtube.com/embed/kloB1qvR85c" frameborder="0" allow="accelerometer; autoplay; encrypted-media; gyroscope; picture-in-picture" allowfullscreen></iframe>

<https://youtu.be/kloB1qvR85c>

de.sputniknews.com: **Sicherheitsmaßnahmen für US-Einrichtungen in Deutschland verschärft**

Angesichts der angespannten Lage im Nahen Osten sind laut den Sprechern der Innenministerien in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen auch in Deutschland die Sicherheitsmaßnahmen für US-Einrichtungen erhöht worden. Stärker geschützt würden auch israelische und jüdische Einrichtungen.

Die Sicherheitsmaßnahmen seien bereits am Freitag entsprechend angepasst worden. Details seien nicht mitgeteilt worden.

Der Iran hatte Rache geschworen für den Tod des iranischen Generals Qassem Soleimani in der Nacht zum Freitag in Bagdad. Soleimani galt als bekanntestes Gesicht des iranischen Militärs im Ausland und wird heute von vielen Landsleuten als Märtyrer betrachtet. Die USA hatten sich zu der gezielten Tötung bekannt.

Baden-Württemberg sei ein wichtiger militärischer Standort für die US-Armee in der Bundesrepublik. Dort sollen etwa 23 000 Mitglieder der amerikanischen Garnison – Soldaten, Zivilangestellte und ihre Familien – leben.

de.sputniknews.com: **Will US-geführte Koalition aus Irak abziehen? – US-Verteidigungsminister dementiert**

Das irakische Parlament hat in einer Resolution die USA und alle ausländischen Truppen der Anti-IS-Koalition zum Abzug aus dem Land aufgefordert. Die Nachrichtenagentur Reuters berichtete kurzzeitig, dass die Koalition tatsächlich die Truppen nun abziehen will. Doch kurze Zeit später dementierte der US-Verteidigungsminister.

Reuters berichtete, dass laut einem Schreiben die US-geführte Anti-IS-Koalition in der nahen Zukunft aus dem Irak abziehen wolle. Man werde das Land aus Respekt vor der irakischen Souveränität verlassen, hieß es in einem Schreiben der Koalition an das irakische Militär, das Reuters einsehen konnte.

Demnach habe die US-Koalition zudem erklärt, dass sie die Aufforderung der Iraker zum Abzug ausländischer Truppen respektieren würde.

„Sir, aus Hochachtung vor der Souveränität der Republik Irak und wie vom irakischen Parlament und dem Ministerpräsidenten gefordert, wird CJTF-OIR die Truppen im Verlauf der kommenden Tage und Wochen umgruppieren, um eine Weiterverlegung vorzubereiten“, zitierte Reuters aus dem Brief des Generals der US-Marineinfanterie, William Seely, der den Einsatz im Irak befehligt.

„Wir respektieren Ihre souveräne Entscheidung, unseren Abzug anzuordnen“, so das Schreiben weiter.

Die Echtheit des Schreibens, das an die irakischen Streitkräfte adressiert war, soll Reuters von einer irakischen Militärquelle unabhängig bestätigt worden sein.

US-Verteidigungsminister dementiert

Doch nur kurze Zeit später dementierte der amerikanische Verteidigungsminister. Die USA haben nach den Worten von US-Verteidigungsminister Mark Esper keine Pläne zum Abzug aus dem Irak. Damit widersprach er dem angeblich aufgetauchten Brief des Generals der US-Marineinfanterie, William Seely.

Esper erklärte, er wisse nichts über diesen Brief. Man versuche nun herauszufinden, worum genau es sich bei diesem Brief handeln solle.

Eine politische Entscheidung über den Abzug habe es aber nicht gegeben.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32631/08/326310826.jpg>

de.sputniknews.com: **„Das Ende der bösartigen Präsenz der USA in Westasien hat begonnen“ – Irans Außenminister**

Das Ende der „bösartigen Präsenz“ der USA in Westasien hat laut dem iranischen Außenminister Mohammed Dschawad Sarif bereits begonnen.

Der Hintergrund dieser Aussage war die Abschiedszeremonie für den ermordeten iranischen General und Kommandeur der Al-Quds-Truppen, Qassem Soleimani, am Montag.

„Haben Sie jemals ein solches Meer der Menschlichkeit in Ihrem Leben gesehen, Donald

Trump? Möchten Sie immer noch den Clowns zuhören, die Sie in unserer Region beraten? Und stellen Sie sich immer noch vor, Sie könnten den Willen dieser großen Nation und ihrer Menschen brechen? Das Ende der böartigen Präsenz der USA in Westasien hat begonnen“, postete der Außenminister am Montag auf Twitter.

Zu seinem Tweet fügte Sarif ein Foto von einer Million Menschen bei, die an dieser Abschiednahme vom General Soleimani teilgenommen haben.

Ermordung von Soleimani

In der Nacht vom Donnerstag zum Freitag hatte das Pentagon eine Operation im Raum des internationalen Flughafens von Bagdad geführt, infolge derer der Kommandeur der Al-Quds-Spezialeinheit, General Qassem Soleimani, getötet wurde. Daraufhin hatte die Führung in Teheran Rache für den Tod von Soleimani geschworen. US-Präsident Donald Trump hatte dem Iran in der Nacht auf Sonntag seinerseits „schnelle und starke“ Militärschläge gegen 52 Objekte, darunter auch Kulturstätten, in dem Nahost-Land angedroht, falls Amerikaner oder amerikanische Einrichtungen von der iranischen Armee angegriffen werden sollten.

Am Samstag fand im Irak die Abschiednahme vom getöteten General statt. Nach den Worten des Vorsitzenden des irakischen Parlaments, Mohammed al-Halbousi, ist das Geschehene ein grober Verstoß gegen die Souveränität des Iraks und gegen internationale Vereinbarungen.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32555/33/325553364.jpg>